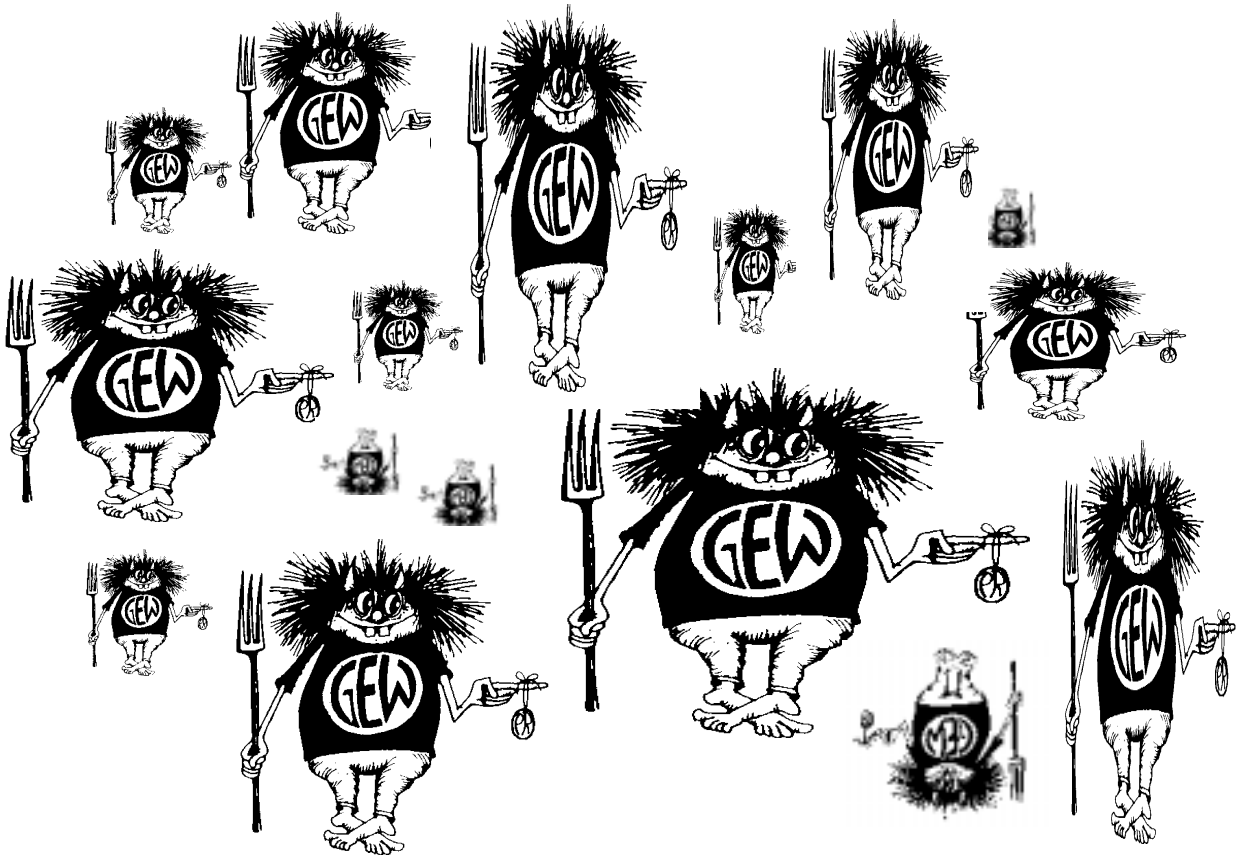
GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

KREISVERBAND OFFENBACH-STADT

INFO 1/99

September 1999



Gemeinsam sind wir stark!

Inhalt

In eigener Sache	Seite 2
Mitgliederbefragung zur Koalitionsvereinbarung	Seite 3
Hessen wieder vorn durch Abschlussprüfungen?	Seite 10
Arbeitszeitregelungen für die Grundschule	Seite 12
Schule für Erziehungshilfe	Seite 13
Lust statt Frust	Seite 14
Wir gratulieren	Seite 14
Adressenliste Kreisvorstand	Seite 15
Termine – was ist los im KV?	Seite 16

In eigener Sache

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieses Info, das allen Mitgliedern des Kreisverbands Offenbach-Stadt zugesandt wird, soll in Zukunft regelmäßig erscheinen. Geplant sind 2-3 Ausgaben pro Schuljahr.
Der Kreisvorstand will mit diesem Info ein Forum für den Austausch von Informationen und Diskussionen im KV Offenbach-Stadt schaffen. Auf der Grundlage derartiger Auseinandersetzungen können dann gemeinsame Aktivitäten geplant werden.

Seit Jahren werden unsere Arbeitsbedingungen verändert, meist unter Spargesichtspunkten. Pädagogische Überlegungen spielen dabei oft nur eine untergeordnete Rolle. Der wachsende Unmut der Kolleginnen und Kollegen (und auch: der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern) ist zwar an den Schulen deutlich zu spüren, wird aber viel zu wenig in Proteste umgesetzt, die einen Effekt auf die öffentliche Meinung haben. Eine resignative Atmosphäre hat sich ausgebreitet.
Mit der neuen Landesregierung kommen im nächsten Schuljahr eine Vielzahl weiterer Veränderungen auf uns zu. Gleichzeitig hat die neue Kultusministerin ihre Gesprächsbereitschaft uns gegenüber deutlich gemacht.

Als Fachleute für die Entwicklung und Qualifizierung junger Menschen müssen wir unsere pädagogischen Überlegungen und unsere Erfahrungen in die öffentliche Diskussion einbringen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass deutlich wird, was wir für pädagogisch erforderlich halten und welche Veränderungen dem schulischen Lernen eher schaden als nützen.

Damit wir diese Rolle ausfüllen können, benötigen wir einen möglichst engen Kontakt untereinander. Wir wollen euch über neue Entwicklungen und Hintergründe informieren. Wir wollen aber vor allem von euch wissen, wie ihr neue Situationen bewertet, was euch unter den Nägeln brennt und an welchen Punkten ihr aktiv werden wollt und von uns Aktivität erwartet.

Wir sollten uns einmischen! Schließlich müssen wir alle Veränderungen unserer Arbeitsbedingungen, die uns pädagogisch nicht sinnvoll erscheinen, ausbaden. Und schließlich geht es um die Entwicklung und Ausbildung kommender Generationen – und damit auch um unser aller Zukunft.

Kernstück dieses Infos ist eine Mitgliederbefragung. Wir bitten euch, den ausgefüllten Fragebogen an uns zurückzuleiten (über unsere Obleute oder postalisch; Anschrift s. Impressum), damit wir in eurem Sinne und mit euch zusammen tätig werden können. Die Ergebnisse der Befragung werden wir natürlich im nächsten Info veröffentlichen.

In den anderen Beiträgen haben wir zu einzelnen Fragen, mit denen wir in unserer beruflichen Praxis derzeit konfrontiert sind, Stellung bezogen. An Rückmeldungen dazu sind wir natürlich sehr interessiert.
Viele andere Probleme konnten in dieser Ausgabe nicht angesprochen werden. Schreibt uns, was euch in eurer alltäglichen Arbeit zu schaffen macht! Teilt uns mit, welche Arbeitsbedingungen ihr für erforderlich haltet und schreibt uns, welche gemeinsamen Aktivitäten ihr dafür vorschlagt.

Wir wollen uns an dieser Stelle bei Heinz Bayer vom Kreisvorstand der GEW Hanau für seine Unterstützung bedanken.
Der Kreisverband Hanau hält mit einem regelmäßig erscheinenden Rundbrief den Kontakt zu den Mitgliedern. Eine Vorlage für die Mitgliederbefragung in diesem Info sowie Elemente für die Gestaltung des Layouts fanden wir im Rundbrief der Hanauer GEW 4/99. Wir danken Heinz Bayer für die Erlaubnis, seine Vorlagen zu verwenden.
Mit dem Hanauer Redaktionsteam wollen wir – durch den Austausch von Informationen und Artikeln – auch in Zukunft zusammenarbeiten.

Wir sind gespannt auf Eure Resonanz und hoffen auf Eure Mitarbeit!

Das Redaktionsteam: Gabriele Bechtel, Wolfgang Christian,
Winfried Deschauer, Michael Köditz, Ute Schinke

Mitgliederbefragung zur Koalitionsvereinbarung 1999 – 2003

Drei Schwerpunkte setzte die neue hessische Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung für die nächsten vier Jahre:

- "Wir machen Hessen zum Bildungsland."
- "Wir machen Hessen zum Land der modernen Arbeitsplätze."
- "Wir machen Hessen zu einem Land mit mehr Sicherheit."

Dagegen ist wenig einzuwenden. Sehr erfreulich wirkt, dass die Bildungspolitik tatsächlich oberste Priorität erhalten soll. Wie so oft steckt indessen der Teufel im

Detail. Wir wollen im folgenden über einige aus unserer Sicht brisante Details der Koalitionsvereinbarung informieren – natürlich beschränkt auf den Bereich Schule – und diese Details kommentieren. Wichtig ist natürlich auch, was in der Koalitionsvereinbarung fehlt!

Dann ist es aber aus mit der Konsumhaltung der Leserin/des Lesers! Dann seid ihr dran.
Wir bitten euch, **auf dem beiliegenden Antwortbogen anzukreuzen,**

- inwieweit ihr Aktivitäten für nötig haltet,
- inwieweit ihr bereit seid, an Aktivitäten teilzunehmen.

Unter Aktivitäten könnten wir uns Mitgliederversammlungen, Resolutionen, Unterschriftensammlungen oder auch Aktionen vor dem Staatlichen Schulamt etc. vorstellen. Aber auch das könnt ihr beeinflussen, indem ihr etwas in die leere Zeile schreibt! **Den ausgefüllten Bogen dann bitte an uns zurücksenden!**
Die Zielrichtung ist sicher jedem klar: Wir bitten euch um Rückmeldung, in welche Richtung unsere gemeinsamen Aktivitäten in der nächsten Zeit gehen sollen. Bitte bedenkt dabei, dass der Kreisvorstand komplett ehrenamtlich arbeitet. Er ist weder von der Arbeitskapazität noch vom politischen Gewicht her in der Lage, politische Zielsetzungen zu verändern. **Das geht nur in gemeinsamen Aktivitäten mit euch!**

1. Unterrichtsgarantie

Der Koalitionsvertrag sieht vor: "Als erster Schritt soll durch rund 50.000 zusätzliche Unterrichtsstunden (Gegenwert von 2.000 Lehrerstellen) die Unterrichtsversorgung nach Stundentafel verbessert werden." (S. 3)
Dies soll u.a. auch durch zusätzliche Lehraufträge und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Referendarinnen und Referendare erreicht werden.

Wir meinen dazu: Natürlich ist eine Unterrichtsgarantie begrüßenswert. Der Teufel steckt aber, wie gesagt, im Detail. Referendarinnen und Referendare brauchen mehr denn je eine gute Ausbildung. In diese zu investieren, bedeutet Zukunftssicherung. Diese darf nicht durch kurzsichtige Sparmaßnahmen gefährdet werden. Und: Lehraufträge sind schlichtweg völlig unsozial und müssen abgelehnt werden.
Schule kann aber nicht nur auf die Stundentafel reduziert werden. Motivation ist schwieriger denn je geworden. Zusätzliche Angebote – auch im kreativen Bereich – sowie Reformprojekte sind nötiger denn je, um mit einem veränderten Klientel arbeiten zu können. Stunden dürfen hier keinesfalls abgezogen werden.
Dasselbe gilt natürlich auch für den Bereich Fortbildung.

2. Rücknahme der Arbeitszeitverlängerungen

Der Koalitionsvertrag sieht vor: Nichts! Unverändert bleibt auch die Verpflichtung der Kolleginnen und Kollegen im Alter zwischen 35 und 50 Jahren, wie von der vorherigen Landesregierung eingeführt, 1 Stunde Vorarbeit zu leisten. Einziger Unterschied gegenüber der Altregelung scheint wohl zu sein, dass diese Stunden

jetzt auf einem persönlichen Arbeitszeitkonto gut geschrieben werden, das auf jeden Fall auch persönlich erstattet werden soll.

Wir meinen dazu: Das war zu erwarten, sollte von uns aber nicht so einfach hingenommen werden! Es kann nicht angehen, dass die Lehrerinnen und Lehrer nun schon seit Jahrzehnten von den Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst ausgenommen werden, weil es angeblich an Lehrerinnen und Lehrern fehlt, während sie zu Tausenden arbeitslos auf der Straße stehen!

3. Altersteilzeit

Der Koalitionsvertrag sieht vor: Nichts!
Wir meinen dazu: Altersteilzeit (50% der Pflichtstunden bei 83% des Vollzeitnettogehalts ab dem 55. Lebensjahr) ist für den öffentlichen Dienst ausgehandelt und sollte deswegen ohne Abstriche auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Das Groteske an der Sache: Obwohl eine Gesamtrechnung ergibt, dass es sich für den Staat rechnet, haben die hessischen Politiker nicht vor, die Beamtinnen und Beamten einzubeziehen! Hier könnte Ministerpräsident Koch von seinem großen Vorbild Bayern lernen. Dort gibt es wenigstens einen klaren Stufenplan, der die volle Übernahme des Tarifergebnisses auch für den Beamtenbereich in wenigen Jahren sicherstellt.

4. Abschlussprüfungen, vergleichende Tests einführen

Der Koalitionsvertrag sieht vor: "Schrittweise werden vergleichbare Abschlussprüfungen für alle Bildungsgänge eingeführt. ... CDU und F.P.D. wollen in einer ersten Phase vergleichende Tests in verschiedenen Fächern verschiedener Jahrgangsstufen einführen. ... Zunächst werden die Ergebnisse nur einer internen Auswertung unterzogen. Die Ergebnisse weiterer Vergleichstests werden dann auch veröffentlicht" (S. 5f).

Wir meinen dazu: Schulentwicklung und Steigerung der Qualität muss ein dauernder Prozess sein. Dieser Prozess muss nach Auffassung des Dortmunder

Schulentwicklungsforschers Hans-Günter Rolff bei den Lehrern ansetzen. Er sieht das Schweizer Modell der Qualitätsgruppen als Ansatzpunkt (FR vom 11.03.99).
Der von CDU und F.D.P. geplante Weg der Qualitätssteigerung durch Vergleichstests geht jedoch in die falsche Richtung!
Länder mit zentralen Abschlussprüfungen schneiden in nationalen und internationalen Vergleichstests nicht besser ab.
Vergleichstests führen nicht zu Verbesserungen der Schule. Eine amerikanische Studie stellt nach über 40 Jahren Erfahrung mit solchen Tests ernüchtert fest, dass dieses Testen praktisch nicht zu besserem Lehren und Lernen geführt hat, obwohl man doch dies so sehr erhofft hatte (OECD/CERI: What works in Innovation: The Assessment of School Performance, Paris 1994, S. 130).

Zentrale Abschlussprüfungen erhöhen allerdings den Aufwand und lenken hin zum unflexiblen Einüben von entsprechenden Testsituationen, Konkurrenz und Vereinzelung, während die Wirtschaft von den Schulabgängern Flexibilität, Teamfähigkeit, Kreativität, Konfliktfähigkeit und Toleranz fordert. Bleibt dafür angesichts drohender Vergleichstest noch Zeit, genauso wie für die Herausbildung der von der Wirtschaft geforderten Schlüsselqualifikationen, die ohne Zweifel in einer Zeit sich rapide wandelnden Wissensstandes viel weiter in den Vordergrund gerückt werden müssen?

Die Veröffentlichung von Testergebnissen ermutigt und entmutigt jeweils die Falschen und ist damit sogar kontraproduktiv. Tatsächliche Wissenszuwächse und damit die Qualität schulischer Arbeit lassen sich überhaupt nicht erfassen. Schulen mit sozial schwierigem Umfeld werden trotz intensiver Förderbemühungen und damit möglicherweise herausragender Qualität – das belegen jedenfalls beispielsweise Hamburger Vergleichsuntersuchungen – zu keinem Zeitpunkt mit sich möglicherweise nur auf Selektion beschränkenden Schulen minderer Qualität in privilegierten Wohngebieten vergleichen können. Die Veröffentlichung von Vergleichstests wird Schülerströme in Gang setzen, welche die soziale Polarisierung zwischen den Schulen massiv verstärken und tiefe soziale Ungleichheit produzieren werden.

5. Leistungsgedanken stärken

Der Koalitionsvertrag sieht vor: "Die lerngruppenbezogene Notengebung wird künftig durch eine auf allgemeine Standards bezogene Notengebung ersetzt" (S. 6). Außerdem sollen die Lehrkräfte für Klassenarbeiten auf den erarbeiteten Stoff eines längeren Zeitraumes zurückgreifen können.

Wir meinen dazu: Sicher ist die geringe Vergleichbarkeit der Notengebung mit vielen Ungerechtigkeiten verbunden. Sie hat uns alle in der eigenen Schulzeit oder zum Teil auch als Eltern immer wieder geärgert. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die Einführung einer auf allgemeine Standards bezogenen Notengebung weit über das Ziel hinausschießt. Hier wird wie bei Punkt 3 die unterschiedliche Ausgangslage der Schule zuwenig berücksichtigt, die sich aus ihrem Umfeld und nicht aus der pädagogischen Arbeit ergibt. Motivation erwächst nicht aus rigider Notengebung. Das Gegenteil ist richtig: Rigide Notengebung kann Motivation – gerade bei psychisch labilen Schülerinnen und Schülern aus sozialen Brennpunkten – zerstören!

6. Verkürzung der Schulzeit

Der Koalitionsvertrag sieht vor: "CDU und F.D.P. verfolgen das gemeinsame Ziel, die Schulzeit bis zum Abitur schrittweise auf 12 Schuljahre zu verkürzen" (S. 6).

Wir meinen dazu: Eine Teilfinanzierung der "Unterrichtsgarantie" durch eine Verkürzung der Schulzeit lehnt der Kreisvorstand ab. Darüber hinaus wirkt sich eine Verkürzung der Schulzeit zugunsten bereits privilegierter Schülerinnen und Schüler aus, während es für Kinder aus benachteiligten sozialen Verhältnissen dadurch um so schwerer wird, diese Benachteiligung zu kompensieren. Im Sinne von Gerechtigkeit und Chancengleichheit ist eine Verkürzung der Schulzeit daher abzulehnen.

7. Berufliche Bildung

Der Koalitionsvertrag sieht vor: "CDU und F.D.P. (werden) in Abstimmung mit den Ausbildungsbetrieben die optimale Organisation des Berufsschulunterrichts anstreben, z.B. durch achtstündige Berufsschultage und Blockunterricht" (S. 7).

Wir meinen dazu: Allem Anschein nach hat die Koalition vor, weitestgehend auf die Forderungen der Wirtschaft einzugehen und pädagogische Erwägungen außer Acht zu lassen. Die Aufnahmefähigkeit der Schülerinnen und Schüler ist nicht unbegrenzt, so dass achtstündige Berufsschultage sowohl uneffektiv sind als auch die Belastung für die Lehrerinnen und Lehrer erhöhen.

8. Professionalität der Lehrkräfte

Der Koalitionsvertrag sieht vor: "CDU und F.D.P. werden die Pläne zur Einführung eines Praxissemesters und zur Verkürzung der Lehrerausbildung ... nicht weiterverfolgen. ... Studienseminare bleiben in ihrer bisherigen Aufgabenstellung erhalten.

Schrittweise erfolgt ihre Erweiterung zu regionalen Aus- und Fortbildungszentren. Dabei ist die hessische Lehrerfortbildung inhaltlich und strukturell neu zu ordnen und qualitativ zu verbessern. ... Die Fort- und Weiterbildungsangebote .. finden in der Regel außerhalb der Unterrichtszeit statt" (S. 8).

Wir meinen dazu: Der erste Teil ist zu begrüßen, der zweite Teil ist mittlerweile durch die erste Presseerklärung unserer neuen Dienstherrin präzisiert worden.
In der Presseerklärung heißt es, dass die Kultusministerin ihre Position unterstrichen hat, „die Studienseminare künftig zu regionalen Zentren der Lehreraus- und -fortbildung zu machen."
Die Ausbildungs- und Praxisnähe der Seminare solle stärker als bisher nicht nur für die Ausbildung, sondern auch die Fortbildung der Lehrkräfte genutzt werden. Die Ministerin kündigte an, „die Kapazitäten der Studienseminare wieder verbessern und offene Stellen schnellstmöglich wieder besetzen zu wollen." (Presseinformation Nr. 1 des HKM vom 16.04.99)

Eine solche Verlagerung der Fortbildung an die Studienseminare ergibt nur Sinn für die neue Landesregierung, wenn sie dadurch die Stellen beim HeLP einsparen kann. Die Auflösung der eigenständigen Lehrerfortbildung und ein weiteres Zusammenstreichen der Fortbildungskapazitäten können wir nur ablehnen, genauso wie die Verlagerung der Fort- und Weiterbildung in die unterrichtsfreie Zeit. Hierbei handelt es sich um eine weitere Arbeitszeitverlängerung. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen wird deswegen in Zukunft auf Fortbildung verzichten.

Die Verbesserung der Schulqualität ist nicht durch Tests, sondern durch Verbesserungen des Unterrichts zu erreichen. Dies setzt vermehrte und nicht verringerte Fort- und Weiterbildung voraus.

9. Muttersprachlicher Unterricht

Der Koalitionsvertrag sieht vor: "Der Unterricht in der Herkunftssprache läuft schrittweise aus" (S. 5).

Wir meinen dazu: Nachdem die CDU die Landtagswahlen auch wegen ihrer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gewonnen hatte, haben wir mit Interesse die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und F.D.P. zur Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger erwartet.

Während im schulischen Teil der Koalitionsvereinbarungen die Stunden für den Unterricht in der Herkunftssprache als Steinbruch für die zugesagte "volle Unterrichtsgarantie" verwandt werden, ist unter dem Titel "Integrationskonzept der Landesregierung" die Rede davon, dass der bisherige muttersprachliche Unterricht den "Anforderungen an einen sinnvollen Beitrag für das Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Sprachgemeinschaften" nicht genüge. Er soll deshalb "neu konzipiert" werden.
Hier liegt ein Widerspruch vor: Man kann nicht dem muttersprachlichen Unterricht einen "sinnvollen Beitrag für das Zusammenleben von Angehörigen verschiedener

Sprachgemeinschaften" (S. 20) bescheinigen und seine Neukonzeption planen – und gleichzeitig die frei werdenden Stellen dem Regelunterricht zuführen.

10. Gesetz zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung

Der Koalitionsvertrag sieht vor: "Die Koalitionsparteien bekennen sich zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen und Berufsverbänden. ... Das Hessische Personalvertretungsgesetz sowie entsprechende Gesetze werden deshalb novelliert. Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen werden auf die notwendigen Fallgestaltungen konzentriert, und die Abläufe der Beteiligungen werden gerafft. Verändert werden insbesondere Bestimmungen, die das eigenverantwortliche Organisationsermessen der Dienststellenleiter sowie die Einführung ... moderner Kommunikationsmittel erschweren" (S. 18).

Wir meinen dazu: Was mit diesen Koalitionsaussagen gemeint ist, wird klarer, wenn man die "Protokollerklärungen" aus den Koalitionsvereinbarungen hinzuzieht. Dort heißt es unter dem Stichwort "zur HPVG-Novellierung":
"Konkret sind folgende Veränderungen vorzunehmen:

- Verkleinerung der Gremien
- Prüfung der Abschaffung der Stufenpersonalräte und Einrichtung einer Einigungsstelle auf jeder Ebene
- Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte reduzieren
- Definition des Dienststellenbegriffs praxisgerecht gestalten
- Bei Personalangelegenheiten soll die Mitbestimmung ab A 16 ... entfallen."

Die Einschnitte in die Personalvertretungsrechte und damit in die bereits jetzt nur geringen Möglichkeiten, in berechtigten Fällen gegen Abordnungen und Versetzungen vorzugehen oder Maßnahmen im Sinne der Kolleginnen und Kollegen über die Personalvertretung durchzusetzen, wären massivst!
Allein die "praxisgerechte Definition des Dienststellenbegriffs" – Dienststelle nicht mehr die Einzelschule, sondern die Schulen einer Gemeinde oder gar des Schulträgers – würde die Verschiebung von Kolleginnen und Kollegen zwischen einer Vielzahl von Schulen ohne jede Mitbestimmungs- oder Einspruchsmöglichkeit ermöglichen! Nach unserer Auffassung bedeutet dies zusammen mit der ebenfalls geplanten (weiteren!) Verkleinerung der Gremien praktisch das Aus der Mitbestimmung auf der Ebene der Schulämter.

unter Verwendung einer Vorlage aus dem Rundbrief des KV Hanau vom April 1999

Hessen wieder vorn durch Abschlussprüfungen?

CDU und FDP wollen die Qualität der hessischen Schulabschlüsse durch die Wiedereinführung von Abschlussprüfungen in Schulformen der beruflichen Schulen, in denen diese von der Vorgängerregierung abgeschafft worden sind, sichern. Dies betrifft die 2-jährigen Berufsfachschulen und das BGJ.

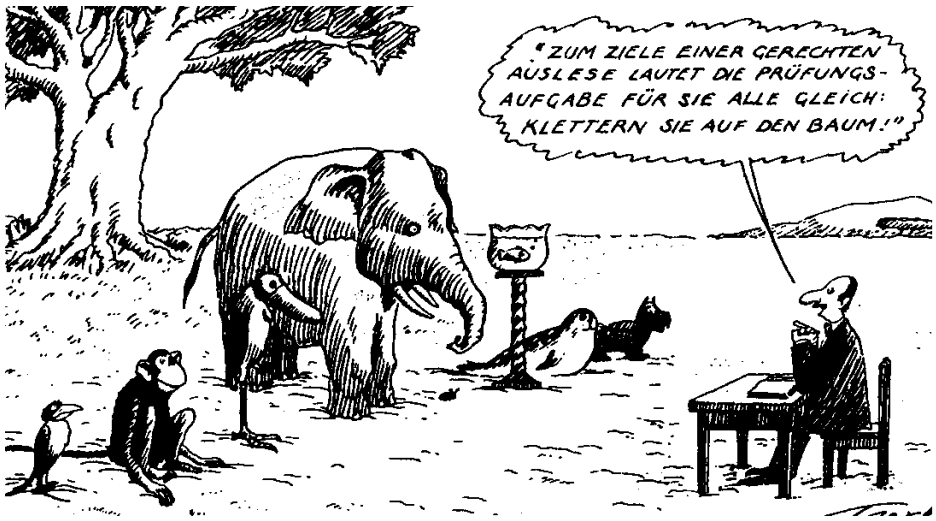
Wir alle haben beobachten müssen, dass die Aneignung schulischer Lerninhalte in vielen Klassen problematisch geworden ist, und die Frage, wie bei uns wieder erfolgreicher gelernt werden kann, beschäftigt uns alle.

Die Probleme in vielen Klassen sind jedoch keineswegs einfach dadurch entstanden, dass die Abschlussprüfungen abgeschafft wurden.
Das Lernen in diesen Klassen erschweren Schülerhaltungen, die von Perspektivlosigkeit geprägt sind. Typisch sind eine sehr geringe Lernmotivation, mangelhaftes Durchhaltevermögen, eine Tendenz zur Verdrängung problematischer Situationen und ein Desinteresse an allem, was nicht die eigene Person und ihre Identität direkt betrifft.
Viele unserer Jugendlichen werden durch eine massive Verschlechterung ihrer Lebensperspektiven, durch Massenarbeitslosigkeit, eine ständige Umverteilung von unten nach oben, rücksichtsloses Umgehen mit ihren Lebensräumen usf. demotiviert. Ich halte es nicht für erstaunlich, wenn die so erzeugte depressive Grundstimmung sich auch in verminderten schulischen Leistungen niederschlägt.
Wer die Qualität schulischer Bildung sichern will, wird nicht umhin kommen, sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen.

In dieser Situation wurden jedoch die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, verschlechtert. Schulleitungen wurden angewiesen, Klassenfrequenzen heraufzusetzen, an Sach- und Lernmitteln wurde gekürzt. Die Lehrkräfte wurden durch zusätzliche Aufgaben und Unterrichtsverpflichtungen weiter belastet, Fortbildungsmöglichkeiten wurden und werden eingeschränkt. Schulformen wurden als Warteschleifen für arbeitslose Jugendliche mit nur geringer Motivation zu weiterem Schulbesuch benutzt, unterstützende sozialpädagogische Hilfen wurden gekürzt oder sind ständig von Kürzungen bedroht.
Diese Aufzählung ist ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Die neue Landesregierung scheint mit ihrem Vorhaben, standardisierte Abschlussprüfungen einzuführen, auf die problematischen Haltungen Jugendlicher mit einer Verschärfung der Selektion antworten zu wollen.
Natürlich ist es richtig, Anforderungen zu stellen, Grenzen zu setzen. Dies kann aber nur im Verbund mit neuer Hoffnung geschehen, realistische Angebote müssen gemacht, interessante Perspektiven aufgezeigt werden.
Nur so kann verhindert werden, dass sich die derzeitige "alles egal"-Stimmung unter denen, die befürchten müssen, dass sie nicht viel mehr vom Leben zu erwarten haben als eine sich ständig verschlechternde Sozialhilfe, weiter verstärkt.

Was aber bedeutet die Wiedereinführung – und ggf. auch Standardisierung – von Abschlussprüfungen für den Berufsschulalltag?
Wir wissen aus anderen Schulformen, wie sich eine bevorstehende Prüfung auf die Unterrichtspraxis auswirkt. In der Regel ist bereits einige Monate vorher eine deutliche Veränderung der Unterrichtsatmosphäre zu beobachten.
Die Anspannung steigt beträchtlich. Die Konkurrenz der Schülerinnen und Schüler untereinander nimmt zu. Auch das Schüler-Lehrer-Verhältnis ändert sich. Aus dem Vertrauen, das insbesondere dort unerläßlich ist, wo es um Persönlichkeitsbildung geht, wird vielfach Mißtrauen.
Viele Schülerinnen und Schüler weigern sich in dieser Zeit, etwas anderes zu lernen als direkt in der Prüfung abzufragenden Lernstoff. Eigenständige Überlegungen und Auseinandersetzungen darüber werden vielfach als Zeitverschwendung betrachtet. Stoff individuell zu verarbeiten und eigene Schlüsse zu ziehen, als Team miteinander zu arbeiten, die Arbeitsbeziehungen zu reflektieren, all dies wird problematisch.



Und: Abschlussprüfungen kosten Zeit. Die schriftlichen Prüfungen müssen etwa 2 Monate vor Ende des Schuljahres geschrieben sein, damit noch Zeit zur Korrektur, für Konferenzen und für die mündlichen Prüfungen bleibt. Unterricht ist in dieser Zeit nur noch begrenzt durchführbar, nach den schriftlichen Arbeiten ist in der Regel "die Luft raus".
Einschließlich der Vorbereitung auf die Prüfung kann man davon ausgehen, dass fast ein halbes Schuljahr dafür "draufgeht". Lohnt sich das?

Natürlich zwingen Prüfungen noch einmal mehr zur Aneignung von Stoff. Aber – was passiert mit Stoff, der unter Druck angeeignet wurde? Wie baue ich Stoff, den ich nur für eine Prüfung lernen musste, mit dem ich mich aber eigentlich gar nicht auseinandersetzen wollte, in mein Leben und meine Persönlichkeit ein? Meist gar nicht, der Stoff wird häufig gleich nach der Prüfung vergessen.

Auch die Vergleichbarkeit der Leistungen wird nicht unbedingt verbessert. Momentane kognitive Aneignungen (=was weiß sie/er alles auswendig) sind

natürlich recht gut zu beziffern. Andere Fähigkeiten, etwa die oben angesprochenen, die im Bereich der Persönlichkeitsbildung anzusiedeln sind, sind so nicht in Prüfungen abfragbar.
Wir kennen aber den Effekt, den Prüfungen auch haben können: Schülerinnen bzw. Schüler, die kaum mitarbeiten, den Unterricht stören oder schwänzen und in der Klassengemeinschaft eine destruktive Rolle spielen, aber clever sind, "mogeln" sich mit guten Prüfungsleistungen durch.
Ausländische Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht tragend mitgestalten und sich wesentlich entwickeln, haben dagegen große Schwierigkeiten, da ihr Schriftdeutsch nicht mit dem deutscher Schülerinnen und Schüler vergleichbar ist.

Wer schon mal eine mündliche Prüfung abgenommen hat, hat miterlebt, dass das Ergebnis auch davon abhängt, ob der Prüfling gute Nerven hat und in Stresssituationen sein Publikum beeindrucken kann. Dies gelingt oft gerade denen, die die Schule nie ernst genommen haben.

Insgesamt scheint mir mehr als fraglich, ob die Wolff'sche Reform tatsächlich zu einer Qualitätssteigerung an unseren Berufsschulen beitragen wird. Ich fürchte, dass die Situation in diesen Schulformen noch problematischer wird.

Michael Köditz

Arbeitszeitregelungen für die Grundschule

Das neue Schuljahr hat begonnen und uns gleichzeitig mehrere Veränderungen gebracht.

Ein Aufatmen war in den Kollegien zu vernehmen, als auf einmal nicht mehr über die Präsenzzeit – sie unterschied ja zwischen Unterrichtszeit, Betreuungszeit und restlicher Zeit für Koordination und dergleichen an den Schulen – in Höhe von 26 Zeitstunden geredet wurde, sondern über die Rückkehr zu Unterrichtsstunden.

Leider sind Berechnungsbasis jetzt aber nicht mehr 27 Unterrichtsstunden wie noch im Schuljahr 96/97. Die Unterrichtsverpflichtung beträgt vielmehr 28 Schulstunden bei ganzer Stelle.
Ebenso bleibt die von der vorherigen Landesregierung eingeführte Verpflichtung für die Kolleginnen und Kollegen im Alter zwischen 35 und 50 Jahren erhalten, eine Stunde Vorarbeit für die Altersteilzeit zu leisten.

Die verständliche Freude, dass nun die umständliche, wenig durchschaubare und mit teilweise bis zwei Stellen hinter dem Komma absurd genaue Berechnung, wieviel Zeit für Unterricht und wieviel für Betreuung zu verwenden ist, war zumindest bei den Teilzeitkräften mit Beginn des Schuljahres schnell verflogen.

Bei ihnen erfolgt weiterhin eine umständliche Berechnung auf Minutenbasis: Eine Teilzeitkraft mit 20 Stunden Präsenzzeit wird bei unveränderter Besoldung nach dem Faktor 20/26 vergütet und hat eine Unterrichtsverpflichtung von 21,538 Schulstunden. Macht umgerechnet 21 Schulstunden und 24 Minuten.

Im Minutentakt ist aber eine sinnvolle pädagogische Grundschularbeit nicht möglich.

Wir empfehlen deshalb allen Teilzeitkolleginnen und -kollegen, für das nächste Schuljahr einen Antrag zu stellen, ihre Arbeitszeit nach Unterrichtsstunden neu festlegen zu lassen, damit dieser Minutenunsinn endlich ein Ende findet.

Ute Schinke

Schule für Erziehungshilfe

Land in Sicht! Zwar nicht wie angekündigt zum 01.08.99, sondern zum 01.11.99 soll die Schule für Erziehungshilfe und Kranke ihren Betrieb aufnehmen.

Das Theresienheim hat inzwischen ein Konzept vorgelegt, das vom Staatlichen Schulamt genehmigt worden ist. Einige Finanzierungsfragen bedürfen noch der endgültigen Klärung.

Während der Kreis Offenbach die Einrichtung einer Schule für Erziehungshilfe unterstützt und der konzeptionellen Planung zugestimmt hat, wälzt die Stadt Offenbach nach wie vor Grundsatzfragen und gefährdet so den geplanten Start.

Der Kreis hat bereits eine Prioritätenliste mit 14 Schülerinnen und Schülern vorgelegt. Wenn die Stadt dann ihre letzten Bedenken überwunden hat, besteht auch für sie die Möglichkeit, eine Prioritätenliste für 8 Kinder zu erarbeiten.

Geplant sind zunächst zwei Klassen, 1-3 und 4-6. Im Schuljahr 1999/2000 sollen 20 Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden. Eine Erweiterung der Aufnahmekapazität bis max. 40 Schülerinnen und Schülern wird möglich sein.

Der Gesamtpersonalrat weist immer wieder darauf hin, dass die Einrichtung der Schule für Erziehungshilfe zwar begrüßt wird, sie aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. Angesichts der zunehmenden Probleme in den Schulen ist die

Entwicklung ergänzender Unterrichts- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler mit Erziehunghilfebedarf dringend notwendig.

Ansprechpartnerinnen sind:

Gabriele Bechtel	Christiane Ostersetzer
069/415320	06159/1036

Lust statt Frust

Die GEW-Kreisverbände Offenbach Stadt und -Land laden am 22. Oktober 1999 um 19.30 Uhr zu einem Liederabend ins FREIE SCHAUSPIEL FRANKFURT im Philanthropin ein.

FRAUEN BRECHT MÄNNER

Lieder Lyrik Leichtsinn
Dagmar Casse trifft Bert Brecht

Die Einladung mit näheren Informationen wird demnächst in die Schulen verschickt. **Da die Plätze begrenzt sind, bitten wir unbedingt um vorherige Anmeldung.** Schriftliche Anmeldung bitte an Gabriele Bechtel, Fechenheimer Leinpfad 7, 60386 Frankfurt.

Wir gratulieren

zur 50jährigen Mitgliedschaft:

Herrn Kurt Busch
Frau Emilie Goliasch
Herrn Günter Latzke
Herrn Hermann Tobisch

Wir bedanken uns für ihre langjährige Treue!

Besonders herzlich gratulieren wir Herrn Kurt Busch zu seinem 80. Geburtstag.

Wir wünschen ihm weiterhin alles Gute, Gesundheit und Freude bei dem großen Engagement, mit dem er seine vielfältigen Aufgaben erledigt.

Adressenliste GEW-Kreisvorstand Offenbach-Stadt

Vorsitzende:

Gabriele Bechtel
Fechenheimer Leinpfad 7, 60386 Frankfurt, Tel. 069-415320
Sachgebiete: Sonderschule und Integration; GPR LL

Winfried Deschauer
Brandsbornstr. 73, 63069 Offenbach, Tel. 069-842130
Sachgebiet: Sekundarstufe I; GPR LL

Kreisrechnerin:

Hildegard Feuchter
Dreieichring 16, 63067 Offenbach, Tel. 069-886649
Sachgebiete: Grundschule, Frauenfragen, Rechtsberatung; GPR LL

Beisitzer:

Dr. Wolfgang Christian
Kantstr. 18, 63067 Offenbach, Tel. 069-810078
Sachgebiete: Soziale Offensive Offenbach und Para Nicaragua

Sylvia Harth-EI Hawi
Friedensstr. 88, 63071 Offenbach, Tel. 069-857703
Sachgebiet: Sonderpädagogik

Michael Köditz
Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt, Tel. 069-40807840
Sachgebiete: Berufliche Schulen und sozialpädagogische Berufe

Sigrid Otto
Kleines Gäßchen 2, 63075 Offenbach, Tel. 069-88777978
Sachgebiet: Angestelltenfragen

Christa Rugen
Am Mühlgraben 58, 63263 Neu-lsenburg, Tel. 06102-320833
Sachgebiet: Haupt- und Realschule

Gerhard Schenk
Lilienstr 3a, 63322 Rödermark, Tel. 06074-95233
Sachgebiet: Haupt- und Realschulen; GPR LL

Ute Schinke
Frankenstr. 57a, 63075 Offenbach, Tel. 069-865567
Sachgebiete: Grundschule, Rechtsberatung; GPR LL

GPR LL = Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Marion Weßling-Bagel

Kennedyallee 107, 60596 Frankfurt, Tel. 069-63199412
Sachgebiet: Referendarinnen und Referendare

Einige Sachgebiete sind derzeit nicht besetzt. Wir brauchen noch Verstärkung!

Termine – was ist los im KV?

Mo., 18.10.99	Veränderungen in der Grundschule – Diskussion mit der Hessischen Kultusministerin Frau Karin Wolff; Zeit: 14-16 Uhr, Ort: DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt
Fr., 22.10.99	**Frauen Brecht Männer – Liederabend und Fest der GEW-Kreisverbände Offenbach-Stadt und -Land im Philanthropin in Frankfurt (Anmeldung erforderlich, s. S. 14)**
Mo., 25.10.99	Kreisvorstandssitzung (KV Offenbach-Stadt); Zeit: 19.30 Uhr; Ort: DGB-Haus Offenbach (Marktplatz). Alle Mitglieder sind zu unseren Sitzungen herzlich eingeladen.
Mo., 15.11.99	Kreisvorstandssitzung (KV Offenbach-Stadt)
Do, 25.11.99	**Mitgliederversammlung: Helmut Hartwig, Leiter der Landesrechtsstelle der GEW, informiert über Pensionsregelungen, Altersteilzeit/Vorarbeit, vorgezogenen Ruhestand; Zeit: 15.00 Uhr. Einladung folgt über die Schulobleute.**
Mi., 01.12.99 – Sa., 04.12.99	Landesdelegiertenversammlung (Marburg)
Mi., 08.12.99	Kreisvorstandssitzung (KV Offenbach-Stadt)
24.12.99 – 08.01.2000	*Weihnachtsferien (23.12.99 bewegl. Ferientag)*
Mo., 17.01.2000	Kreisvorstandssitzung (KV Offenbach-Stadt)

Impressum

Herausgeber:	Kreisverband Offenbach-Stadt der GEW
Anschrift:	GEW-Info c/o Michael Köditz, Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt (v.i.S.d.P., Layout)
Redaktion:	Gabriele Bechtel, Dr. Wolfgang Christian, Winfried Deschauer, Michael Köditz, Ute Schinke
Druck:	Imprenta, 63179 Obertshausen
Auflage:	600 Exemplare

Dank an Thomas Körner für die Genehmigung zum Nachdruck der "Touché"-Cartoons.